



SEITE 2
Nebeneinkünfte: Schwarz-Gelb muss nachziehen

SEITE 3
Bankenregulierung erklärt: die Finanztransaktionssteuer



SEITE 4
Im Interview: Sören Bartol über den Infrastrukturkonsens

SEITE 6
Keine Gleichstellung mit Schwarz-Gelb



SEITE 7
Jugendliche: Ein Recht auf Ausbildung

SEITE 8
Energiewende: Warum die Strompreise wirklich steigen

GUTE ARBEIT



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Ausgabe 6/2012

Starke Industrie sichert Wohlstand

SPD-Fraktion und Gewerkschaften fordern eine europäische Industriestrategie.

Deutschland kommt wesentlich besser durch die Krise als seine europäischen Nachbarn. Wie „Alice im Wunderland“ beschreibt Peer Steinbrück die derzeitige Lage. Einer der Gründe liegt nicht nur für ihn in der starken Industrie des Landes. 25 Prozent beträgt hierzulande der Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt. Schon in der Finanzmarktkrise haben Länder mit starken Industrien den Wirtschaftseinbruch besser verkraftet als solche, die einseitig auf Finanzdienstleistungen gesetzt haben. „Wir sind den Ratschlägen, eine reine Dienstleistungsgesellschaft zu werden, nicht gefolgt“, sagt Frank-Walter Steinmeier. Dies zahle sich nun aus. Gleichzeitig steht fest: Langfristig kann es Deutschland als Exportland nicht gut gehen, wenn es Europa schlecht geht. Schon im Frühjahr 2012 hat der SPD-Fraktionsvorsitzende seinen Plan „Gemeinsam stärker“ für eine industriellen Erneuerung Europas vorgelegt. Die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer soll mit einer Weichenstellung in Richtung Realwirtschaft verbunden werden, mit höheren Investitionen in technologische Innovationen, Verbundstärken und Infrastrukturen der europäischen Industrie. Mit dem ersten Europäischen Industrieforum will die SPD-Bundestagsfraktion die Umsetzung einer neuen Industriestrategie für Europa weiter voranbringen. Dafür hat Frank-Walter Steinmeier hochrangige Vertreter von Unternehmen, Gewerkschaften und Politik aus Deutschland und Europa nach Berlin eingeladen. 150 Teilnehmer, darunter WTO-Generaldirektor Pascal Lamy, Dieter Zetsche von Daimler, Michael Süß von Siemens, Thomas Enders von EADS, der IG-Metallvorsit-



Alle an einem Tisch: zum ersten Europäischen Industrieforum der SPD-Bundestagsfraktion kamen zahlreiche Vertreter von Unternehmen und Gewerkschaften aus Deutschland und Europa.

zende Bertold Huber oder IG BCE-Chef Michael Vassiliadis zeigten: Das Interesse an einer zukunftsfähigen Industriepolitik ist auf Seiten von Gewerkschaften und Arbeitgebern gleichermaßen groß.

Industrielle Erneuerung

Gemeinsam mit Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier diskutierten die Teilnehmer darüber, wie Europa mit neuer Stärke aus der Krise kommt und sein Modell nachhaltigen Wohlstands global behaupten kann. „Mitten in der tiefen europäischen Krise geht es um eine Vergewisserung über den richtigen Weg für Europa“, sagte der SPD-Fraktionschef. Zusammen mit den Vorsitzenden von IG Metall und IG BCE, Berthold Huber und Michael Vassiliadis, hat Steinmei-

er zudem ein Memorandum für eine „Allianz zur industriellen Erneuerung Europas“ vorgelegt. Darin üben sie Kritik an einer einseitigen und kurzfristigen Ausgabenkürzung. Sie habe die Eurozone in zwei Jahren in Rezession, Arbeitslosigkeit und noch höhere Verschuldung geführt. Stattdessen streben sie eine Allianz für die industrielle Erneuerung Europas an und fordern

Regierungen, Unternehmen und Gewerkschaften in Europa auf, sich dieser Allianz anzuschließen. Damit könnten unter anderem die Stärken der Länder besser verbunden und die Arbeitslosigkeit bekämpft werden. „Wir brauchen eine stärkere Koordinierung in Europa“, sagte Peer Steinbrück dazu. „Europas Wohlstand ist davon abhängig.“ ■

Allianz zur industriellen Erneuerung Europas

Das Memorandum von Frank-Walter Steinmeier, Berthold Huber und Michael Vassiliadis für eine „Allianz zur industriellen Erneuerung Europas“ finden Sie unter www.spdfraktion.de oder direkt über folgenden QR-Code:



Achtung Schwarz-Gelb!

Es war ein Geben und Nehmen im Kanzleramt, zum Schluss war das Ergebnis des Koalitionsausschusses nur der vorher erwartete Kuhhandel: Die Praxisgebühr geht, das Betreuungsgeld kommt. Vor allem die Fernhalteprämie liegt den schwarz-gelben Koalitionären so sehr am Herzen, dass sie sie jetzt schon zum vierten Mal beschlossen haben: 2009 im Koalitionsvertrag, 2011 im Koalitionsausschuss, dieses Jahr im Kabinett und jetzt nochmal.

Das meint die SPD-Fraktion:

„Da ist kein Ehrgeiz, kein Ziel. Das Ergebnis waren Minimalkompromisse über alte Koalitionslandeshüter, aber kein Weg nach vorn.“

(Frank-Walter Steinmeier)

„Wir geben Geld aus für Kinder, die zu Hause bleiben. Das ist nicht richtig.“

(Thomas Oppermann)

„Der Burgfrieden ist teuer erkaufte. Merkel lässt den Preis dafür Kinder und Eltern zahlen.“

(Dagmar Ziegler)

Das meinen die Medien:

„Mutwilliger hat schon lange keine Koalition mehr ihre letzte Chance zum Regieren verspielt.“

(sueddeutsche.de)

„Es freut sich die Zahnarztgattin vom Starnberger See über das Betreuungsgeld: Sie kann künftig mit dem Bonus vom Staat ihre Fußpflege finanzieren.“

(Spiegel-Online)

Die finale Lösung ist vor allem eines: teuer.

(welt.de)

„Die nächtlichen Ergebnisse der Koalitionsrunde sind vor allem ein Hilfsprogramm für die Liberalen und die CSU. Beide kämpfen um ihre Existenz.“

(fr.de)

Nebentätigkeiten: volle Transparenz statt Heuchelei

Von Peer Steinbrück fordern Union und FDP volle Transparenz. Sie selbst sind dazu jedoch nicht bereit.

Peer Steinbrück hat seine Nebeneinkünfte komplett offen gelegt. Er gehe damit weit über die bisher geltenden Transparenzregeln hinaus, sagte Steinbrück. „Ich möchte ein Beispiel geben, das konkurrierende Parteien im Bundestag aufnehmen sollten.“

Peer Steinbrück habe Wort gehalten, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier. „Er hat sein Einkommen aus Vorträgen auf Euro und Cent offen gelegt. Damit ist vollständige Transparenz hergestellt.“ Steinmeier betonte, dass Steinbrück für 89 von mehr als 300 Reden und Vorträgen Honorare erhalten habe. Dabei habe er als freier Redner das gesagt, was er wollte. „Die Menschen wollen ihn hören, weil er eine klare Sprache spricht. Er setzt damit Maßstäbe in der Vermittlung von Politik. Und er setzt Maßstäbe in Sachen Transparenz.“

Fest steht auch: Die Koalition misst beim Thema Nebentätigkeiten mit zweierlei Maß. Sie fordert eine Transparenz, die sie selbst nicht zu geben bereit ist. Denn Union und FDP sind inzwischen zwar zu einer Reform der Veröffentlichungspflicht bereit, wollen aber nur die bestehende Stufenrege-



Die SPD-Fraktion fordert die Veröffentlichung von Nebeneinkünften auf Euro und Cent.

lung erweitern. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert hingegen, dass die Einkünfte aus Nebentätigkeiten auf Euro und Cent veröffentlicht werden müssen. Neu ist die schwarz-gelbe Zurückhaltung nicht. Schon 2005 haben SPD und Grüne allein dafür gesorgt, dass die Abgeordneten erstmals ihre Einkünfte aus Nebentätigkeiten der Öffentlichkeit bekannt machen müssen. Union und FDP stimmten damals gegen eine Veröffentlichungspflicht. Der

rechtspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Burkhard Lischka ist daher nicht überrascht, dass sich Union und FDP nach wie vor gegen volle Transparenz sträuben. „Die Tatsache, dass sie von unserem Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück volle Transparenz verlangen, aber diese Maßstäbe für sich selbst nicht gelten lassen wollen, ist pure Heuchelei und einzig und allein dem Wahlkampf geschuldet.“ ■

Wenn Drei sich streiten, freut sich die CSU

Ob Wirtschaft oder Sozialverbände, ob Arbeitgeberseite oder Gewerkschaften, ob Wissenschaft, ob Kommunalpolitik, ob SPD oder Grüne: Alle lehnen das Betreuungsgeld als eine bildungspolitische, gleichstellungspolitische und integrationspolitische Katastrophe ab.

Für die CSU ist es hingegen das wichtigste Projekt in der Legislaturperiode. Mit Blick auf die Landtagswahlen in Bayern knüpft Horst Seehofer sogar den Fortbestand der Koalition an das Betreuungsgeld: „Die CSU würde ein Scheitern des Betreuungsgeldes nicht hinnehmen.“ Die kleine CSU erpresst somit die schwarz-gelbe Regierung. Denn bei CDU und FDP könnte die Prämie nicht unbeliebter sein. Schon im März 2012 haben 23 CDU-Bundestagsabgeordnete in einem Brief an ihren Fraktionsvorsitzenden angekündigt, gegen das Betreuungsgeld zu stimmen. Vor allem die Gruppe der Frauen in der Union wehrt sich. Die Vorsitzende Rita

Pawelski beklagt: „Das Betreuungsgeld [...] entspricht nicht dem, was wir in den letzten Jahren als Familienpolitik erarbeitet und umgesetzt haben.“ Auch die ehemalige Familien- und heutige Arbeitsministerin Ursula von der Leyen verdammt die Leistung: „Das Betreuungsgeld ist bildungspolitisch eine Katastrophe.“ Das Betreuungsgeld stoße zu Recht auf Ablehnung, sagt mit Rita Süßmuth eine weitere ehemalige Bundesfamilienministerin.

Schröder ist überfordert

Der Wirtschaftsflügel sieht es ähnlich. Das Urteil des Bundesvorsitzenden der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, Josef Schlarmann: „Das Betreuungsgeld ist der völlig falsche Ansatz.“ Die aktuelle Ministerin Schröder ist überfordert. Sie geht in Deckung – und sagt erstmal gar nichts. Bei der FDP gibt es eigentlich Niemanden, der die Leistung unterstützt. Der

Parteivorsitzende Philipp Rösler betont, das Betreuungsgeld sei „kein Lieblingsprojekt von uns als Liberalen“. Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger ergänzt: „Ein Herzensanliegen der FDP ist es jedenfalls nicht.“ Generalsekretär Patrick Döring sagt: „Das Betreuungsgeld passt nicht in die Zeit.“ Rainer Brüderle gibt zu: „Ich mache kein Geheimnis daraus, dass ich davon nicht viel halte.“ Der NRW-Vorsitzende der FDP, Christian Lindner, bringt es auf den Punkt: „Die CSU zwingt die Koalition dazu, mit Geld, das wir nicht haben, eine Sozialleistung einzuführen, die niemand will.“ Nur: Konsequenzen ziehen die Liberalen aus ihrer Ablehnung keine. Bei diesem Hin und Her wird deutlich: Hier geht es nicht mehr um die Gestaltung von Politik, hier geht es nicht um die Menschen. Es geht um den Überlebenskampf einer Koalition ohne Ziel, Richtung und Kompass. ■

Bankenregulierung: Eine Steuer für mehr Gerechtigkeit

In einer neuen Reihe werden hier Peer Steinbrücks Vorschläge zur Bankenregulierung erklärt. Zu Beginn: die Finanztransaktionssteuer.

Die Finanzbranche hat die soziale und ökonomische Schieflage der letzten Jahre zwar verursacht, zu den Aufräumarbeiten aber kaum beigetragen. Im Wesentlichen mussten die Steuerzahler geradestehen für die Fehler und Exzesse der Banken. Man könnte auch sagen: Gewinne werden bis heute privatisiert, Verluste sozialisiert. Und eben dadurch hat die Krise viel mehr gekostet als Geld. Sie kostet Vertrauen und verletzt die Gerechtigkeitsgebote und den Sinn für Maß und Mitte. Bei der Finanztransaktionssteuer geht es deshalb nicht zuletzt um soziale Gerechtigkeit. Die Verantwortlichen der Krise müssen sich endlich an den Kosten beteiligen.

Weg für Steuer ist frei

Die Steuer ist zu verstehen als eine Art Umsatzsteuer auf Börsengeschäfte. Nach den Beschlüssen des Europäischen Rates soll sie im Rahmen einer verstärkten Kooperation in neun Mitgliedstaaten eingeführt werden. Der Beschluss muss jetzt aber auch umgesetzt werden. Dank sozialdemokratischer Beharrlichkeit und konsequentem Einsatz wurde im Juni 2012 auf europäischer Ebene der Weg freige-



Bankenviertel in Frankfurt am Main.

macht für die Einführung einer sogenannten Finanzmarkttransaktionssteuer, oft abgekürzt als Finanztransaktionssteuer. Die Forderung der SPD-Fraktion: Die Steuer muss frühzeitig europaweit eingeführt werden mit einer breiten Bemessungsgrundlage

und Steuersätzen von 0,1 Prozent für den Handel mit Anteilen und Anleihen bzw. 0,01 Prozent für den Handel mit Derivaten. Der ganz normale „kleine“ Aktienbesitzer bleibt natürlich von dieser Steuer verschont. Um ihn geht es hier nicht, sondern um gigantische Transaktionen.

Geld für Wachstumsimpulse

Der Vorschlag der EU-Kommission für solch eine Steuer bietet eine gute Grundlage, er lässt aber Schlupflöcher zu. Ausländische Tochtergesellschaften europäischer Banken werden ebenso wie der außereuropäische Handel mit Wertpapieren europäischer Emittenten nicht erfasst. Devisentransaktionen werden von der Besteuerung ausgenommen. Das geht nicht.

Mit den Einnahmen aus der Steuer können zum Beispiel die dringend notwendigen Impulse für Wachstum, Beschäftigung und vor allem für den Kampf gegen die erschreckende Jugendarbeitslosigkeit in Europa gesetzt werden. Außerdem ließen sich damit Auffang- und Vorsorgelösungen für Krisen im Bankensektor finanziell unterlegen. ■

Editorial



von Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Diese Regierung hat jeden Ehrgeiz verloren, wichtige Zukunftsfragen unseres Landes anzupacken. Stattdessen ist sie nur noch in der Lage Minimalkompromisse zu erreichen, die viel Geld kosten und von kurzer Haltbarkeit gekennzeichnet sind. Wahlkampfgeschenke werden Schwarz-Gelb aber nicht retten. Denn das Markenzeichen dieser Regierung – die Politik der falschen Weichenstellungen – ermüdet die Menschen. Die sogenannte Lebensleistungsrente und das Betreuungsgeld sind offensichtlich der falsche Weg. Die Art und Weise, wie die FDP jetzt versucht die vereinbarten Minirenten auch noch kleiner zu rechnen, ist beschämend. Wer sein Leben lang in Vollzeit gearbeitet hat, hat ein Anrecht auf eine Rente oberhalb der Grundsicherung. Am wichtigsten für eine gute Altersvorsorge sind aber gute Löhne und eine möglichst vollständige Erwerbsbiografie. Deshalb ist das Betreuungsgeld der falsche Weg, das Frauen vom Arbeitsmarkt fern hält und Kinder von frühzeitiger Bildung und Begegnung mit anderen Kindern abhält. Sollte es tatsächlich im August 2013 kommen, wird es nicht lange Bestand haben. Eine Rot-Grüne Bundesregierung wird es gleich nach der Bundestagswahl 2013 wieder abschaffen. Stattdessen muss der dringend notwendige Ausbau der Kitas und Ganztagschulen vorangebracht werden. CDU/CSU und FDP verbrauchen mehr Energie für innerkoalitionären Zwist als für die Lösung drängender innenpolitischer Baustellen. Unser Land braucht einen Neuanfang. Den kann es nur mit einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung geben. Denn wir wissen, was zu tun ist gegen steigende Strompreise, für den Mindestlohn, gegen Fachkräftemangel, für die Tarifeinheit, gegen Altersarmut und für die Sicherung von Arbeitsplätzen. Es ist Zeit für den Wechsel in Deutschland. ■

Planspiel Zukunftsdiallog: Jugend im Bundestag

Vier Tage „echte“ Politik in Berlin hautnah miterleben und mitgestalten: Dieses Angebot macht die SPD-Bundestagsfraktion Jugendlichen zwischen 16 und 20 Jahren aus ganz Deutschland. Und das schon zum zweiten Mal: Nach

der erfolgreichen Premiere im Frühjahr 2012 werden im April 2013 wieder bis zu 150 Jugendliche und junge Erwachsene nach Berlin kommen und aktiv Politik erleben. An Originalschauplätzen werden sie in die Rolle der Abge-

ordneten schlüpfen und so spielerisch, aber realistisch die Abläufe einer Bundestagsfraktion kennenlernen. Die SPD-Fraktion zeigt mit ihrem Angebot, wie Politik funktioniert und wie eine Fraktion im Deutschen Bundestag arbeitet: Wie läuft eine Fraktionssitzung ab, wie entsteht ein Antrag in einer Arbeitsgruppe, wie kann ich meine Positionen in der Fraktion durchsetzen? Die Ergebnisse ihrer Arbeit werden die Jugendlichen abschließend mit den „echten“ Abgeordneten diskutieren. Das Planspiel findet vom 20. bis 23. April 2013 in Berlin statt. Alle SPD-Abgeordneten können jeweils einen Teilnehmer oder eine Teilnehmerin aus dem eigenen Wahlkreis benennen. Interessierte Jugendliche im Alter von 16 bis 20 Jahren können sich ab sofort in den Abgeordnetenbüros informieren.

Mehr Informationen auch unter: www.spdfraktion.de/planspiel. ■



Erfolgreiche Premiere 2012: Jugendliche üben Politik im SPD-Fraktionssaal.



Für Sören Bartol ist die sehr frühe Beteiligung der Bürger entscheidend für die Akzeptanz von Infrastrukturprojekten.

»Die Bürger werden in die Entscheidung oft zu spät einbezogen«

Sören Bartol leitet für die SPD-Bundestagsfraktion das Projekt „Infrastrukturkonsens“. Im Interview zieht er ein erstes Fazit und erklärt, wie sich künftig Geschehnisse wie die um Stuttgart 21 verhindern lassen.

Du leitest im Rahmen des Projekts Zukunft der SPD-Bundestagsfraktion die Projektgruppe „Infrastrukturkonsens“. Was genau hat man sich unter diesem Begriff vorzustellen?

Bei „Infrastruktur“ geht es konkret um Energieleitungen, Kommunikationsnetze und Verkehrswege. Wir alle nutzen diese täglich – ob wir im Internet surfen, Auto oder U-Bahn fahren oder Strom aus der Steckdose ziehen. Als starker Industriestandort ist Deutschland auf eine leistungsfähige Infrastruktur angewiesen. Sie ist eine wichtige Voraussetzung für Arbeitsplätze, Wohlstand und Lebensqualität. Auf der anderen Seite gibt es aber, wo immer neue Infrastruktur gebaut wird, Kon-

flikte; man denke an Stuttgart 21 und die Proteste gegen neue Stromtrassen. Wir brauchen deshalb eine gesellschaftliche Verständigung darüber, welche Infrastruktur wir wollen und wie wir die gewünschten Vorhaben umsetzen und finanzieren. Dies ist gemeint, wenn wir sagen, wir wollen einen „Infrastrukturkonsens“.

Was sind die Ziele der Projektgruppe?

Wir wollen das Profil der SPD als Infrastrukturpartei schärfen und die Bedeutung von Infrastruktur wieder ins öffentliche Bewusstsein rufen. Zugleich geht es darum, Konzepte zu erarbeiten, die wir in der nächsten Legislaturperiode umsetzen wollen. Themen sind z.B.

fertigen Positionen an die Öffentlichkeit, sondern erarbeiten zunächst Dialogpapiere mit Vorschlägen, zu denen wir um Stellungnahme bitten und die wir in Workshops mit den betroffenen Gruppen diskutieren. Dadurch erreichen wir ein großes Maß an Konsens, auch bei strittigen Themen.

„Entscheidend ist die sehr frühe Beteiligung, wenn Alternativen noch möglich sind“

Sind Infrastrukturprojekte in der Vergangenheit den Bürgern zu oft aufoktroziert worden?

Auch in der Vergangenheit sind Infrastrukturprojekte von demokratisch legitimierten Parlamenten beschlossen worden. Insofern ist „aufoktroziert“ nicht das richtige Wort. Aber die Bürgerinnen und Bürger wurden in die Entscheidung oft zu spät einbezogen, nämlich erst dann, wenn alle Entscheidungen, z.B. zum Trassenverlauf, schon gefallen waren.

Welche Möglichkeiten hat die Politik, die Bürger besser einzubeziehen und was kann man in diesem Zusammenhang aus den Geschehnissen um Stuttgart 21 lernen?

Entscheidend ist die sehr frühe Beteiligung – bevor endgültige Lösungen auf dem Tisch liegen und wenn Alternativen noch möglich sind, wenn also etwa die Trassenführung für eine Stromleitung noch veränderbar ist. In dieser Phase lassen sich Konflikte zwar vielleicht nicht auflösen, aber zumindest abmildern. Am Ende können solche Projekte sogar schneller durchkommen. Wir fordern deshalb, dass bereits vor dem formellen Planfeststellungsverfahren konkrete Mitwirkungsmöglichkeiten geschaffen werden. Wir wollen z.B. einen Beteiligungstermin, bei dem die Pläne erörtert werden. Und wir wollen bei den Planungsbehörden Bürgeranwälte einsetzen, die die Bürgerinnen und Bürger bei Infrastrukturprojekten beraten und darauf achten, dass die Beteiligungsrechte eingehalten werden. Der Entwurf zum so genannten „Planungsvereinheitlichungsgesetz“, den die Bundesregierung vorgelegt hat (BT-Drs. 17/9666), enthält leider nichts davon. Im Gegenteil, er stellt es ins Belieben der Behörden, ob sie die Bürger frühzeitig beteiligen.

„Wir wollen das Profil der SPD als Infrastrukturpartei schärfen“

die Verbesserung der Bürgerbeteiligung, die für die Energiewende notwendigen Energienetze, ein flächendeckender Zugang zu leistungsstarken Internetanschlüssen und eine Reform der Bundesverkehrswegeplanung. Dazu organisieren wir den Dialog mit Verbänden, Bürgerinitiativen, Wirtschaft und Wissenschaft. Wir treten nicht mit

Auf lokaler Ebene lässt sich eine bessere Bürgerbeteiligung gut organisieren. Aber bei großen Projekten mit überregionaler Relevanz wird es immer Betroffene geben, die zum Beispiel gegen eine neue Bahntrasse vor ihrer Haustüre sind. Inwieweit lässt sich hier überhaupt ein Konsens herstellen?

Bürgerbeteiligung lässt sich auch auf überregionaler Ebene organisieren – z.B. über das Internet. Wichtig ist, dass die Bürgerinnen und Bürger schon bei der bundesweiten Netzplanung für Energieleitungen und Verkehrswege einbezogen werden. Dazu müssen die Planungen rechtzeitig veröffentlicht werden und jeder muss die Möglichkeit zur Stellungnahme erhalten. Wichtig ist auch, dass Verbände, z.B. Umweltverbände und Wirtschaftsorganisationen, umfassend beteiligt werden und die Bundesregierung sich intensiv und ergebnisoffen mit den Vorschlägen aus der Bürgerbeteiligung auseinandersetzt. In einer Demokratie lässt sich sicherlich nicht ein Konsens im engeren Sinne herstellen – dazu sind die Interessen zu unterschiedlich. Was wir aber brauchen, ist die Akzeptanz durch eine breite Mehrheit unserer Gesellschaft. Und die erreichen wir nur, wenn wir die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig einbeziehen, auch in überregionale Planungen.

„Was wir brauchen, ist die Akzeptanz durch eine breite Mehrheit unserer Gesellschaft“

Beim Thema Energiewende gab es spätestens seit Fukushima einen breiten gesellschaftlichen Konsens, trotzdem kommt die Energiewende nicht in Gang. Woran liegt das?

Es fehlt ein Gesamtkonzept und eine aufeinander abgestimmte Vorgehensweise von Bund, Ländern und Privatwirtschaft. Die Bundesregierung meint, sie könne bei der Energiewende Zuschauer bleiben und die Umsetzung allein der Privatwirtschaft überlassen. Die Verzögerung beim Bau neuer Stromleitungen und beim Anschluss von Offshore-Windkraftanlagen zeigen aber: Dies funktioniert so nicht. Wir brauchen eine aktive Infrastruktur- und Energiepolitik. Die Energiewende braucht stabile und verlässliche politische Rahmenbedingungen. Das gilt auch für die Finanzierung der Strom-

netze. Wir plädieren deshalb für eine Netz AG, an der der Bund maßgebliche Anteile hält und die für den Bau neuer Übertragungsnetze und die Anbindung von Meereswindparks sorgt. Eine solche Beteiligung des Bundes lohnt sich auch finanziell. Denn er erhält Anteil an den Gewinnen aus den Stromnetzen.

„Die Energiewende muss für die Verbraucher bezahlbar bleiben!“

Jetzt wird vor allem mit höheren Strompreisen gegen die Energiewende argumentiert. Droht die Gefahr, dass die Stimmung gegen die Energiewende kippt?

Wir müssen in der Tat aufpassen, dass die Energiewende nicht durch hohe Preise und eine ungerechte Verteilung der Lasten diskreditiert wird. Die Energiewende muss für die Verbraucher bezahlbar bleiben! Beispiel Gebäudesanierung: Die Kosten dürfen hier nicht einseitig auf die Mieter abgewälzt werden, wie dies die Bundesregierung tut. Oder nehmen wir Strom aus erneuerbaren Energien: Es geht nicht an, dass die Bundesregierung mehr oder weniger alle größeren Industriebetriebe von der Finanzierung der Erneuerbaren Energien ausnimmt und die Preise für die übrigen Verbraucher um so stärker steigen. Ausnahmen müssen auf Betriebe begrenzt bleiben, die im internationalen Wettbewerb stehen. Auch den Neubau von Stromleitungen müssen wir auf das Notwendige beschränken, um die Stromkunden nicht durch steigende Netzentgelte zu belasten. Dazu sollten wir alle Möglichkeiten der Energieeinsparung nutzen. Denn jede nicht benötigte Kilowatt-

stunde verringert den Bedarf an neuen Leitungen – und schont das Portemonnaie der Verbraucher. Auch müssen wir die Energieerzeugung stärker dezentralisieren. Dies reduziert den Bedarf an Übertragungsnetzen. Und nicht zuletzt müssen alle Möglichkeiten zur Erhöhung der Kapazität bestehender Stromleitungen ausgeschöpft werden.

Siehst Du neben der Energiewende noch weitere große Infrastrukturprojekte, die in den nächsten Jahren auf uns zukommen?

Ja, auf jeden Fall. Da ist einmal der Ausbau des Breitbandnetzes. Viele ländliche Regionen sind nach wie vor von schnellen Internetverbindungen abgeschnitten. Die Bundesregierung hat ihr Ziel verfehlt, bis Ende 2010 eine flächendeckende Breitbandgrundversorgung von mindestens 1 Mbit/s zu schaffen. Wir brauchen dies aber, damit sich in ländlichen Räumen moderne Unternehmen ansiedeln und Arbeitsplätze schaffen.

Ein anderer Bereich sind die Bundesverkehrswege. Deren Erhaltungszustand wird immer schlechter – Stichwort Schlaglöcher; bröckelnde Brücken und Langsamfahrstrecken bei der Bahn. Hier müssen wir viel mehr in die Erhaltung investieren. Dazu kommt, dass es immer mehr Engpässe gibt. Besonders auf den Nord-Süd-Achsen und im Hinterland der Häfen wächst der Güterverkehr weiter. Diese Engpässe müssen wir schnellstens beseitigen und gleichzeitig Güter auf die Schiene und das Binnenschiff verlagern. Dazu brauchen wir den Aus- und Neubau von Strecken. Da die Finanzmittel aber begrenzt sind, müssen wir Prioritäten setzen und uns auf die Projekte konzentrieren, die für unser Land am wichtigsten sind.

Ihr arbeitet jetzt seit anderthalb Jahren in der Projektgruppe. Wie fällt Dein bisheriges Fazit aus und wie geht es mit dem Projekt weiter?

„Wir haben uns beim Thema Infrastruktur eine Vorreiterrolle erarbeitet“

Wir haben viel erreicht. Zum einen inhaltlich: Die SPD-Fraktion ist beim Thema „Infrastruktur“ bestens aufgestellt. Wir haben uns hier eine Vorreiterrolle erarbeitet und bringen unsere politischen Konkurrenten in Zugzwang. Das bestätigen uns viele Fachleute aus Wissenschaft und Verbänden. Zum anderen hat sich das Dialogverfahren bewährt. Ich selbst bin überrascht von der ungeheuren Resonanz, die wir bei Verbänden und Fachleuten gefunden haben. Zu unseren Dialogpapieren haben jeweils bis zu 50 Verbände Stellung genommen, und der Andrang bei unseren Werkstattgesprächen war enorm. Ich kann eine solche Vorgehensweise im Dialog für die Erarbeitungen von Positionen daher nur empfehlen. Dadurch haben wir zu vielen Fragen einen Konsens hinbekommen. Es ist schon erstaunlich, dass sowohl die Wirtschaft als auch die Umweltverbände unsere Konzepte einhellig loben. Noch ist nicht der ganze Weg geschafft. Unsere Vorschläge liegen alle auf dem Tisch, etwa zur Schienenstrategie, zu den Bundeswasserstraßen und zur Flughafeninfrastruktur. Es geht nun darum, den Dialogprozess abzuschließen und zu den verbleibenden Themen Positionierungen zu erarbeiten. So diskutieren wir Ende November mit allen Interessierten bei einem Dialogforum unsere Vorschläge zur Verkehrswegefinanzierung. Hierzu werden wir dann zu Beginn des kommenden Jahres unser Konzept vorlegen. ■



Sören Bartol (li.) auf dem Podium beim Zukunftskongress der SPD-Bundestagsfraktion im Oktober 2012.

Meldungen

Alleinerziehende
besser unterstützen

Fast jede fünfte Familie in Deutschland ist eine Familie mit nur einem Elternteil. Alleinerziehende Mütter oder Väter sind in besonderer Weise auf die Unterstützung von Staat und Gesellschaft angewiesen. Um ihre Lebenssituation zu verbessern und ihren Kindern Chancengleichheit zu ermöglichen, bedarf es der richtigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Insbesondere alleinerziehende Frauen haben mit Diskriminierung am Arbeitsmarkt und mit der mangelhaften Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu kämpfen. „Alleinerziehende sind ganz besonders auf den Ausbau der Kinderbetreuung angewiesen, den Schwarz-Gelb schleifen lässt“, sagt die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Caren Marks. Sie benötigten eine familienfreundliche Infrastruktur noch dringender als andere Familien.

Kitaplätze statt Betreuungsgeld

Eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft vom März 2012 belegt, dass ein flächendeckendes Angebot an Ganztagsbetreuungsplätzen 110.000 Alleinerziehende in Arbeit bringen könnte. Damit wären 175.000 Kinder finanziell besser gestellt und hätten bessere Bildungschancen. Grundsätzlich ist ein ganzes Maßnahmenbündel notwendig, das sich an den Bedürfnissen und zeitlichen Ressourcen von Alleinerziehenden orientieren muss. Dazu hat die SPD-Fraktion zwei Anträge in den Bundestag eingebracht. Sie spricht sich darin für eine „bessere Förderung von Alleinerziehenden in der Grundsicherung“ aus. Frauen sollen besser unterstützt werden, den Bezug von Arbeitslosengeld II schneller verlassen zu können. In ihrem Antrag „Alleinerziehende besser unterstützen“ fordern die Sozialdemokraten die Bundesregierung auf, Alleinerziehenden einen besseren Zugang zu sozialer Infrastruktur zu ermöglichen. Dazu gehörten eine gleichstellungsorientierte Arbeitsmarktpolitik, Ganztagschulen und ausreichend Kita-Plätze. „Und kein Betreuungsgeld, keine Ausweitung der Minijobs und keinen Sparkurs bei der Arbeitsagentur“, betont Caren Marks. ■

Schwarz-Gelb lässt Frauen
und Familien im StichBetreuungsgeld, Minijobs, Frauenquote – Die schwarz-gelbe
Bundesregierung betreibt eine erfolgreiche Anti-Gleichstellungspolitik.

„Die Gleichstellungspolitik steht unter dem Leitgedanken fairer Chancen für Frauen und Männer in allen Bereichen der Gesellschaft, vor allem im Erwerbsleben. Dabei geht es beispielsweise um Entgeltgleichheit, gleiche Karrierechancen und den Schutz vor Altersarmut“ – so steht es auf der Homepage des Bundesfamilienministeriums. Um diese Ziele zu erreichen, setze die Politik bei den Ursachen ungleicher Chancen an, heißt es weiter. Soviel zur Theorie. Die Praxis sieht leider anders aus.

Thema Betreuungsgeld:

Das Betreuungsgeld koste viel Geld und sei nicht gegenfinanziert, hat FDP-Chef Philipp Rösler gesagt. Fakt ist: Die FDP und große Teile der CDU wollen es nicht, nur die CSU beharrt auf der unsinnigen Prämie und damit auf einem nicht mehr zeitgemäßen Familienbild. Trotzdem hat die Koalition abermals beschlossen: Das Betreuungsgeld kommt. Dafür bekommt die FDP die Abschaffung der Praxisgebühr – ein Kuhhandel. „Bundeskanzlerin Merkel und ihre Koalition stellen politisches Kalkül über das Gemeinwohl“, sagt die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Dagmar Ziegler. Den Preis dafür müssten Kinder und Eltern zahlen. Ihnen drohten jetzt schlechtere Bildung und Integration sowie weniger Kitaplätze. Ziegler kündigt Widerstand an. „Wir werden alle möglichen Mittel ausschöpfen, um das Betreuungsgeld noch zu verhindern. Letztlich sind wir auch bereit, vor dem Bundesverfassungsgericht zu klagen.“



Obwohl es immer noch an Geld für ausreichend Kita-Plätze mangelt, sollen Eltern künftig belohnt werden, wenn sie ihre Kinder zu Hause erziehen.

Thema Frauenquote:

Die schwarz-gelbe Koalition ist auch beim Thema Quote so uneins wie in vielen anderen Fragen. Während Arbeitsministerin von der Leyen und eine Reihe von Unions-Frauen durchaus für eine gesetzliche Frauenquote sind, hat sich Frauenministerin Schröder die Flexiquote ausgedacht, die erneut nur auf Freiwilligkeit der Wirtschaft setzt und somit ein weiterer zahnlöser Tiger wäre. Die FDP lehnt die Frauenquote als Einschränkung der Wirtschaft ab. Doch der Druck auf die Koalition steigt: Im September hat der Hamburger SPD-Gesetzentwurf für eine Frauenquote in Aufsichtsräten im Bundesrat eine Mehrheit erzielt, mit den Stimmen aus den CDU-regierten Ländern Saarland und Sachsen-Anhalt. Ein erster wichtiger Schritt.

Thema Minijobs:

Der Bundestag hat mit den Stimmen der schwarz-gelben Koalition die Ausweitung der Minijobs von 400 auf 450 Euro beschlossen. „Das macht erneut deutlich, dass Frauen von dieser Bundesregierung nichts zu erwarten haben,“ sagt die Sprecherin der Arbeitsgruppe Gleichstellungspolitik in der SPD-Fraktion Christel Humme. Denn in Minijobs sind vor allem Frauen beschäftigt. Sie verdienen in der Regel unter 8,50 Euro die Stunde und gehen keiner weiteren sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Davon könnten die Menschen weder im Heute noch im Alter leben, sagt Humme. „Altersarmut ist damit programmiert und wird mit dieser unsinnigen Ausweitung gar zementiert.“ ■

Praxisgebühr abschaffen: Lieber spät als nie

Die Praxisgebühr sollte ursprünglich einmal dafür sorgen, dass Menschen nur zum Arzt gehen, wenn sie wirklich krank sind. 2003/2004 hatte der heutige bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer die Gebühr gegen den Willen von Rot-Grün in Verhandlungen über die Gesundheitsreform durchgesetzt. Fast zehn Jahre nach ihrer Einführung steht jedoch fest: Die Praxisgebühr hat ihre Wirkung verfehlt. Sie hat die Arztbesuche nicht gesenkt. Sie bedeutet mehr Bürokratie in den Praxen und diskriminiert Alte und Kranke, weil diese auf häufige Arztbesuche angewiesen

sind. Zudem sitzen die Krankenkassen derzeit auf einem Überschuss von 30 Milliarden Euro.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb schon im März diesen Jahres die Abschaffung der Gebühr gefordert. Jetzt hat schließlich auch die schwarz-gelbe Koalition ein Einsehen und will die Gebühr zum 1. Januar 2013 einstellen. Jedoch nicht aus Einsicht, sondern nur im Zuge eines Kuhhandels. Denn für die Abschaffung der Praxisgebühr bekommt ihr einstiger Schöpfer Horst Seehofer doch noch das CSU-Liebblingsprojekt, das Betreuungsgeld. Die unsin-

nige Praxisgebühr werde durch das noch unsinnigere Betreuungsgeld ersetzt, sagt der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Karl Lauterbach. Das bedeute, es werde „Murks gegen Murks“ getauscht. Die Praxisgebühr habe Alten und Kranken geschadet. Sie werde nun abgeschafft, damit das Betreuungsgeld, das den Kindern schade, eingeführt werden könne. „Das bringt nichts für unser Land.“ Den schwarz-gelben Kuhhandel bezeichnet Lauterbach als den „Tiefpunkt des Regierungshandwerks von Schwarz-Gelb“. ■

Meldungen

Sozialen Arbeitsmarkt schaffen

Langzeitarbeitslose können durch öffentlich geförderte Beschäftigung wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden. Alle bestehenden Programme sind jedoch zeitlich befristet oder von finanziellen Streichungen bedroht. In einem Antrag fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, einen dauerhaften Sozialen Arbeitsmarkt zu schaffen. Er soll aus dem Eingliederungsbudget und durch die Mittel finanziert werden, die bei passiven Leistungen wie dem Arbeitslosengeld II und den Unterkunftskosten eingespart werden. Gefördert werden sollen Arbeitslose ab 25 Jahren, die seit mindestens zwei Jahren ohne Beschäftigung sind und Vermittlungshemmnisse haben. Die Förderung soll bis zu fünf Jahre dauern. Das Arbeitsmarktinstrument kann von allen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern genutzt werden. ■

Lebensverhältnisse weiter angleichen

Der „Aufbau Ost“ hat die ostdeutschen Länder vorangebracht. Um die Angleichung der Lebensverhältnisse zu erreichen, bedarf es allerdings weiterer Investitionen. In einem Entschließungsantrag fordern die Sozialdemokraten die Bundesregierung auf, den Solidaritätspakt II nicht anzutasten. Eine Anschlussförderung nach 2019 für strukturschwache Regionen ist notwendig. Die „Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsstruktur“ und die Bundesgesellschaft „Germany Trade&Invest“ sind finanziell zu sichern. Die Kapitalausstattung ostdeutscher Unternehmen soll gesteigert werden. Sowohl Innovationsprogramme als auch Investitionen in Wissenschaft und Forschung müssen verstetigt werden. Bei der Arbeitsmarktpolitik darf nicht weiter gekürzt werden. Auch die Verkehrsinfrastruktur und die kommunale Struktur müssen weiter ausgebaut werden. Schließlich ist ein einheitliches Rentenrecht vonnöten. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

Jugendliche haben ein Recht auf gute Ausbildung

Eine qualifizierte Ausbildung sichert Zukunftschancen – für junge Menschen genauso wie für Unternehmen und Betriebe.

Die Berufsausbildung ist für viele junge Menschen nach wie vor die wichtigste Grundlage für den Einstieg ins Erwerbsleben. Sie gibt ihnen eine Perspektive und hilft Unternehmen dabei, den Fachkräftenachwuchs zu sichern. Der Berufsbildungsbericht 2012 zeigt allerdings, dass es in der beruflichen Bildung immer noch zahlreiche Probleme gibt. Zu viele junge Menschen finden ohne Umwege und Warteschleifen keinen Ausbildungsplatz. Und während Arbeitgeber und Bundesregierung erneut eine entspannte Lage auf dem Ausbildungsmarkt verkünden, haben über 1,5 Millionen junge Menschen zwischen 22 und 29 keinen Berufsabschluss. Zu diesem Ergebnis kommt auch eine aktuelle Untersuchung des DGB. Demnach dreht fast jeder dritte Jugendliche auf Ausbildungssuche eine Warteschleife im Übergangssystem. „Hier rächt sich, dass der Ausbildungspakt jedes Jahr zehntausende Jugendliche als versorgt zählt, die von der Bundesagentur für Arbeit zwar als ausbildungsreif eingestuft werden, trotzdem aber nur Warteschleifen drehen“, erklärt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock. Hoffnungen auf eine „demografische Lösung“ des Problems werden sich in den nächsten Jahren nicht erfüllen. Vielmehr droht je nach Branche und Region eine Entwicklung, die bereits heute erkennbar ist: Auf der einen Seite suchen Unternehmen vergeblich nach Fachkräften – auf der anderen Seite finden viele Jugendliche keinen Einstieg in Ausbildung und Arbeit. Die



Mit einem Recht auf eine qualifizierte Ausbildung für alle Jugendlichen will die SPD-Fraktion auch dem drohenden Fachkräftemangel entgegen wirken.

schwarz-gelbe Bundesregierung ignoriert diese Herausforderungen. Sie wartet den Rückgang der Bewerberzahlen ab und verkündet am Ende des jeweiligen Ausbildungsjahres scheinbare Erfolgsbilanzen, die nur die halbe Wahrheit abbilden.

Jeder Einzelne wird gebraucht

Für die SPD-Fraktion steht fest: Alle jungen Menschen haben ein Recht auf Ausbildung. Alle Unternehmen brauchen qualifizierten Fachkräftenachwuchs. „Wir brauchen jeden jungen Menschen, der jetzt in der Schule ist, der jetzt keine Beschäftigung hat, der jetzt keine Ausbildung gefunden hat, egal woher er kommt, was seine Eltern verdienen oder wo er geboren worden ist“, sagt Oliver Kaczmarek, Mitglied des Bildungsausschusses.

Die SPD-Bundestagsfraktion macht sich deshalb in einem Antrag für eine aktive Berufsbildungspolitik und ein größeres Ausbildungsengagement der Unternehmen stark. Jedem Jugendlichen und jungen Erwachsenen soll das Recht auf eine qualifizierte Ausbildung garantiert werden. Die Sozialdemokraten fordern die Bundesregierung auf, dafür ein entsprechendes Förderkonzept vorzulegen. Alle jungen Menschen ohne betrieblichen Ausbildungsplatz sollen einen öffentlich geförderten und mit der Praxis verzahnten Ausbildungsplatz erhalten. Gemeinsam mit den Sozialpartnern und dem Bundesinstitut für Berufsbildung sollten die über 300 Ausbildungsberufe zudem in Berufsfamilien zusammengeführt werden. ■

Wie verbessern wir den Kampf gegen Rechts?

Ein Jahr nach der Entdeckung der rechtsextremen Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) hat die SPD-Fraktion gemeinsam mit Experten und der interessierten Öffentlichkeit eine Bestandsaufnahme vorgenommen. Mehr als 100 Gäste kamen dazu ins Paul-Löbe-Haus nach Berlin. Die Obfrau der SPD im NSU-Untersuchungsausschuss Eva Högl berichtete von der Arbeit des Ausschusses. Dieser habe vieles offen gelegt und herausgefunden, auch wenn das zunächst nur wenige geglaubt hätten. Ein Befund sei, dass der NSU sich das föderale System

der Bundesrepublik zunutze gemacht habe. Das bedeute, es müsse künftig mehr die Bundeskompetenz bei Ermittlungen hinzugezogen werden. Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion Thomas Oppermann betonte, dass die professionelle Arbeit der Sicherheitsbehörden bei islamistischem Terror Vorbild sein müsse bei der Abwehr rechtsterroristischer Akte. „Ich sehe nicht, dass Bundesinnenminister Friedrich den Umbau der Sicherheitsbehörden wirklich vorantreibt.“ Es gebe zudem bis heute keinen Überblick, welche Gewalttaten NPD-Funkti-

onäre genau begangen haben und begehen. „Der Rechtsextremismus ist systematisch unterschätzt worden“. In einer intensiven Diskussion sagte Bianca Klose von der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus, dass der latente Rassismus in der Mitte der Gesellschaft zu wenig thematisiert werde. Das sei ein Problem in den Behörden genauso wie bei den Medien. „Hier sind Impulse gegeben worden, die wir mit in den Ausschuss nehmen werden“, sagte Sebastian Edathy, Vorsitzender des NSU-Ausschusses, abschließend. ■

Vorgestellt



Petra Merkel

Petra Merkel (65) sitzt seit 2002 für die SPD im Bundestag und ist dort stets als direkt gewählte Abgeordnete ihres Wahlkreises Charlottenburg-Wilmersdorf eingezogen. Seit 2009 ist die kaufmännische Angestellte Vorsitzende des Haushaltsausschusses. Er gilt als der wichtigste Ausschuss des Parlaments, weil er die Ausgaben der Bundesregierung beschließt und kontrolliert. Sie ist die erste Frau überhaupt in dieser Funktion. Politik mache ihr Spaß, sagt Merkel. „Gemeinsam mit sehr unterschiedlichen Menschen zu diskutieren, Lösungen für Probleme zu erreichen, häufig Kontrahenten an einen Tisch zu holen – das ist meine Form der politischen Arbeit.“ ■



Sebastian Edathy

Sebastian Edathy (43) ist seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages und hat in seinem Wahlkreis Nienburg II – Schaumburg stets das Direktmandat erlangt. Der Soziologe vertritt die SPD-Fraktion im Rechtsausschuss. Seit 2012 leitet er zudem den Untersuchungsausschuss zur Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU). Dabei gehe es für ihn vor allem um die Fragen, welche Rolle die Behörden bei den Ermittlungen zu der schrecklichen Mordserie des rechtsextremen NSU gespielt haben und welche Konsequenzen der Fall für die künftige Bekämpfung rechts-extremer Gewalt hat. ■

Warum auch Nichtstun zu höheren Strompreisen führt

Bei der Strompreisdiskussion übersieht Schwarz-Gelb die eigene Rolle.

// Nicht der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist der Hauptgrund für den extremen Anstieg der Strompreise, sondern das Missmanagement der Bundesregierung. //

In den vergangenen fünf Jahren ist der durchschnittliche Strompreis um ein Viertel gestiegen. Für das Jahr 2013 wird die Erhöhung der Ökostromumlage die Preise noch mal nach oben treiben. Teile der Bundesregierung machen dafür vor allem das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) verantwortlich. Die FDP spricht sogar von „Öko-Snobismus“ und möchte den Ausbau der Erneuerbaren am liebsten aussetzen. Schwarz-Gelb habe nicht nur mit dem Ausstieg aus dem Ausstieg versucht, die verkrusteten Strukturen einer rückwärtsgerichteten Energieversorgung zu erhalten, sagt der umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Matthias Miersch. „Vielmehr torpediert die Koalition auch jetzt die Energiewende mit der Argumentation des teuren Ökostroms.“

Klar ist: Die Energiewende kostet Geld. Es werde heute dafür ausgegeben, damit es in Zukunft eine sichere Energieversorgung aus Erneuerbaren Energien gebe, sagt SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber. „Statt sich um Netzausbau und Energieeffizienz zu kümmern, kämpft Bundeswirtschaftsminister Rösler mit plakativen Fehlaussagen zu Erneuerbaren Energien ums politische Überleben seiner FDP.“

Dabei wird in der Diskussion um hohe Energiepreise zu selten herausgestellt, wie wirtschaftlich die Förderung der Erneuerbaren Energien im Vergleich zur fossilen Energieerzeugung tatsächlich ist. Anstatt langfristige Umweltschäden und hochgefährliche Abfälle zu produzieren, sparen wir Kosten für den Import von Brennstoffen und werden weniger abhängig von schwankenden Rohstoffpreisen. Aufgrund des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) kommt inzwischen fast ein Viertel unseres Stromes aus erneuerbaren Quellen. Über die EEG-Umlage fördern wir alle Strom aus Erneuerbaren Energien. Sie steigt 2013 von derzeit 3,6 Cent pro Kilowattstunde auf rund 5,3 Cent. Dabei geht allerdings nur rund ein Drittel des gesamten Anstiegs von ca. 1,7 Cent



Oft vergessen: Erneuerbare Energien haben enorme wirtschaftliche Vorteile.

direkt auf zusätzliche Förderkosten zurück. Zwei Drittel müssten sich Union und FDP eigentlich auf die eigene Fahne schreiben. „Die reinen Kostentreiber hat die Bundesregierung selbst mit verursacht, indem sie die Privilegien der stromintensiven Industrie ausgeweitet und die EEG-Umlage für 2012 auf 3,59 Cent gedeckelt hat“, sagt der stellvertretende energiepolitische Sprecher der SPD-Fraktion Dirk Becker.

Schwarz-Gelb als Preistreiber

Für die SPD-Fraktion steht fest: Deutschland muss auch weiterhin ein attraktiver Standort für die Industrie bleiben. Deshalb ist es richtig, energieintensive Industrien zu entlasten, die im internationalen Wettbewerb stehen. Doch während Rot-Grün sich auf stromintensive Unternehmen beschränkt hat, die tatsächlich im internationalen Wettbewerb stehen, erhöht sich ihre Zahl durch die letzte EEG-Novelle von Schwarz-Gelb auf 2000.

Für den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Hubertus Heil ist es deshalb vor allem das schlechte Management der Bundesregierung, das die Preise

nach oben treibt. „Hinzu kommt das Problem, dass 16 Länder 16 eigene Energiekonzepte haben und es an Koordinierung mangelt. Alle paar Monate ein unverbindlicher Energiegipfel ist da zu wenig.“ Das EEG müsse behutsam reformiert werden, um Kosten für die Verbraucher zu dämpfen, fordert Heil. ■

Termine

19.11. „Wege aus der Minijob-falle“, Berlin

21. 11. „Werkstatträtekonferenz 2012“, Berlin

23.11. „Sichere Arbeit und gute Löhne“, Apolda

28.11. "Humaner Arbeitsplatz – Humane Arbeitswelt. Betriebs- und Personalrätekonferenz", Berlin

Weitere Termine:

www.spdfraktion.de

www.facebook.com/spdbundestagsfraktion

IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktionsschluss: 09. November 2012

Herstellung: NetworkMedia GmbH

Redaktion: Ralf Bergmann, Stefan Hintermeier, Dr. Alexander Linden, Anja Linnekugel, Gero Fischer

Texte und Layout: Gero Fischer

Druck: Frankenpost Verlag GmbH

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information.

Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:

– per Post: SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin

– per Mail: oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de

– per Fax: 030/22756800